
Hans Dieter Baroth

FDGB-UGO-DGB

Zu den Anfängen einer freien Gewerkschaftsbewegung in Berlin nach 1945

Hans Dieter Baroth, geb. 1937 in Oer-Erkenschwick, gelernter Bergmann, lebt als Autor und Journalist in Berlin.

Vor 50 Jahren, im März 1948, erschien in Berlin die erste Gewerkschaftszeitung mit Argumenten gegen den FDGB: Die „Unabhängige Gewerkschaftsorganisation“ (UGO) hatte sich vom dominierenden FDGB losgesagt, der als angebliche „Einheitsgewerkschaft“ bis dahin allein für alle vier Besatzungsteile von Berlin zuständig war. Die Abspaltung erfolgte drei Jahre nach dem Befehl Nr. 2 von Marschall Shukow, der am 10. Juni 1945 „das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften und Organisationen“ deklariert hatte. In Opposition zum FDGB zu stehen, war vor 50 Jahren auch in den von den Westalliierten besetzten Stadtteilen nicht ungefährlich, weil gelegentlich Kritiker des sowjetischen Systems über Nacht in den Ostteil verschwanden. Selbst Walter Sickert, später viele Jahre Präsident des Abgeordnetenhauses und als Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Berlin ausgesuchte Zielscheibe der Studentenbewegung, war damals Mitglied im FDGB. Als der Bauarbeiter Sickert 1946 nach Berlin kam, „gab es nur den FDGB als einzige dominierende Gewerkschaft. Weil der von den Sowjets unterstützt wurde, verteilte er in den Tagen der Not und des Hungers auch schon mal Kleidungsstücke und Essen. Vielen jungen Gewerkschaftern war nach zwölf Jahren Hitlersystem Demokratie auch zunächst nur ein Schlagwort.“

Vor dem vereinbarten Einzug der drei westlichen Alliierten lebten die Sowjets 1945 ihre alleinige Besatzungsgewalt acht Wochen über Groß-Berlin aus. Der „Berliner Rundfunk“ war als einziger Sender fest in ihrer Hand, als Tageszeitung gab es nur die „Tägliche Rundschau“, herausgegeben von den sowjetischen Siegern. Wie wichtig Moskau Berlin in seiner Strategie nahm, belegt der Besuch des stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare in der Sowjetunion, A. J. Mikojan, am 11. Mai 1945. Er nahm teil an Vorbesprechungen der Militärverwaltung über den Wiederaufbau des Berliner Ernährungswesens. Die Journalistin Ruth Andreas-Friedrich (1901 -1977) schreibt unter dem 15. Mai 1945 als Berlinerin in ihr Tagebuch: „„Wer regiert uns eigentlich?' frage ich Andrik. Der hebt die Achsem. ‚Wer gerade dran ist. Im übrigen - die Russen.' Vorläufig sieht es so aus, als ob in jeder Woche ein anderer ‚dran' wäre. In den Bürgermeistereien wird abgesetzt und berufen, berufen und abgesetzt, jeder regiert nach seiner Fassung. Doch nicht jede Fassung ist ein Glück für die Regierten.“ Marschall Shukow erließ als oberster Chef der Sowjetischen Militäradministration Deutschlands (SMAD)

den erwähnten Befehl Nr. 2, mit dem die Zulassung antifaschistischer Parteien und demokratischer Organisationen, vor allem Gewerkschaften, angeordnet wurde. Die Bevölkerung litt Hunger, es herrschte Wohnungsnot. Nicht nur wegen der Zerstörung durch den Krieg, auch wegen des Abzugs der westlichen Alliierten aus Thüringen und Sachsen strömten Flüchtlinge nach Berlin. Marschall Shukow: „Der werktätigen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland ist das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften und Organisationen zum Zweck der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen zu gewähren. Den gewerkschaftlichen Organisationen und Vereinigungen ist das Recht zu gewähren, Kollektivverträge mit den Arbeitgebern zu schließen sowie Sozialversicherungskassen und andere Institutionen für gegenseitige Unterstützung, Kultur-, Bildungs- und andere Aufklärungsanstalten und -Organisationen zu bilden.“ Berlin war beim Einzug der westlichen Alliierten fest in sowjetischer Hand, viele Schlüsselpositionen waren mit Kommunisten besetzt.

Schon am 16. Mai 1945 trafen sich in der Notwohnung des Gewerkschafters Karl Germer die aufrechten Vertreter aus den in der Weimarer Zeit parteipolitisch zersplitterten Gewerkschaften - unter ihnen der spätere Bundesminister Jakob Kaiser, früher Kartellsekretär der Christlichen Gewerkschaften, ebenso sein Amtsnachfolger als Bonner Minister, Ernst Lemmer, bis 1933 in den liberal orientierten, weniger bedeutsamen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen tätig. Sie wollten nach den bitteren Erfahrungen des Zusammenbruchs, der Verfolgung und der Folterungen in den KZs die Einheitsgewerkschaft, darin waren sich alle einig. Die Kommunisten, von der sowjetischen Besatzungsmacht geschützt und gefördert, sprachen ebenfalls von Einheit, meinten damit aber etwas anderes.

Im Berliner Stadtteil Britz trafen sich etwa zur gleichen Zeit der ehemalige Gewerkschafter Roman Chwalek, von 1930 bis 1933 KP-Abgeordneter im Deutschen Reichstag, aus Westdeutschland hatte sich Hans Jendretzky, später 1. Sekretär der SED von Groß-Berlin, in die Hauptstadt durchgeschlagen. Die legendäre Gruppe Ulbricht, die sehr früh in Berlin angekommen war und die Fäden der Macht an sich zog, beauftragte Chwalek, mit den anderen Gewerkschaftern Kontakt aufzunehmen: Die Kommunisten hatten ihren Fuß in der Tür.

Der Gründungskreis der neuen Gewerkschaften, bestehend aus beiden Gruppen, traf sich dann im Gebäude der Feuersozietät in der Parochialstraße (Sowjetsektor) und handelte die gewerkschaftlichen Gründungsformalitäten aus. Parteipolitisch gehörten drei Mitglieder des vorbereitenden Komitees der SPD an, weitere drei der KPD. zwei zählten zur CDU, die in Berlin früher gegründet wurde als in den westlichen Besatzungszonen. Otto Sperling, der für den DGB-Landesbezirk Berlin 1971 die Geschichte der UGO festgehalten hat, schreibt: „Es wurde aber noch drastischer mit dem politischen Kräfteverhältnis in diesem Gremium, weil sich herausstellte, daß der angebliche SPD-Mann Otto Braß während der Nazizeit Mitglied der illegalen KPD

geworden war. So standen also tatsächlich vier Vertretern der KPD ... nur vier Vertreter von SPD/ADGB und CDU/Christen und Hirsch-Dunckerschen gegenüber.“ Weiter heißt es über eine entscheidende Weichenstellung: „Nach der Übersiedlung des Gründerkreises ... gesellte sich diesem Achtmännerkollegium noch ein neunter Mann hinzu, der fortan in diesem Kreis eine entscheidende Rolle spielen sollte: Walter Ulbricht.“

Der spätere Bundesminister Ernst Lemmer äußert sich folgendermaßen über dieses Gremium: „Ulbricht erschien also sozusagen als Neunter, als der Spiritus rector. Es war kein Russe dabei, aber die Russen waren ja vertreten durch Walter Ulbricht, der zwar ein sehr selbstbewußtes und machtwilliges Auftreten zeigte, aber im übrigen doch vorsichtig war, um die zu gewinnen, die man noch hinzuziehen wollte, die Sozialdemokraten und die Arbeitnehmervertreter der CDU. Er gab sich außerordentlich maßvoll und akzeptierte die Formel, eine von den Parteien und vom Staat völlig unabhängige, aber einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu schaffen. ‚Ich betone, vom Staat und von den Parteien unabhängig‘ - sagte Ulbricht. Daß er das Gegenteil meinte, daß es Dialektik war, hat sich dann im Laufe der Zeit herausgestellt, was ja auch schließlich zum Konflikt führte.“

An einem für die deutsche Geschichte pikanten Datum wurde in Berlin der FDGB gegründet. Augenzeuge E. Gniffke in seinem Buch „Jahre mit Ulbricht“: „Ulbricht berief die Gewerkschafter zum 17. Juni 1945 zu einer Gründungsversammlung in den großen Saal des ‚Neuen Stadthauses‘. 579 Funktionäre aller Richtungen folgten dem Ruf. Der Versammlung wurde ein vorläufiges Statut vorgelegt, das wesentliche Punkte einer später zu beschließenden Verfassung vorwegnahm, so vor allem die Aufteilung der Gewerkschaften in Industriegewerkschaften, die in ihrer Geschäftsführung völlig selbständig sein sollten.“ In dieser Versammlung, Sozialdemokraten und Christen glaubten noch immer an ihre Einheitsgewerkschaft, wurde kein Vorstand gewählt. Es wurden vorbereitende Ausschüsse gebildet, in denen die Kommunisten die Pflöcke setzten. Gegründet wurden 18 Industriegewerkschaften, die Bezirksverbandsleitungen bekamen, in Berlin gab es 20 Verwaltungsbezirke. Vorsitzende der Bezirksausschüsse sowie der Bezirksverbandsleitungen wurden durchweg Kommunisten, sie schufen sich ihren Angestelltenapparat. Bei Otto Sperling heißt es: „Die Büros des FDGB waren mit Stalin- und Leninaussprüchen und kommunistischen Plakaten geschmückt; parteikommunistisches Agitationsmaterial lagerte dort in großen Beständen zur Verteilung. Bei der mündlichen Propaganda für den FDGB wurde ständig hervorgehoben: ‚Die rote Armee hat uns befreit‘ usw. oder ‚Der Befehl Nr. 2 des Marschall Shukow hat die Gründung von Gewerkschaften möglich gemacht‘. So kam die notwendige Atmosphäre für die Vorherrschaft der KPD im FDGB zustande.“

Am 21. Juni 1945 wurde der FDGB für die sowjetische Besatzungszone ausgerufen - mit Ausnahme von Berlin. Der Versuch von Kommunisten, den Berliner FDGB in den der sowjetischen Besatzungszone einzugliedern,

mißlang 1946. Die im Berliner Admiralspalast am 11. Februar 1946 tagende FDGB-Delegiertenkonferenz der Zone lud die Delegierten der Berliner Stadtkonferenz zur Teilnahme ein. „Der Versuch, diese 150 Berliner FDGB-Stadt-Delegierten als stimmberechtigte Konferenzteilnehmer mitbestimmen zu lassen, scheiterte an dem Einspruch des amtierenden Französischen Kommandanten, der auf die Unabhängigkeit des Berliner FDGB vom FDGB der Zone großen Wert legte.“ So der Historiker Otto Sperling.

Die Finanzhoheit des FDGB Groß-Berlin lag bei der Zentrale. Sie war untergebracht in der Wallstraße, bis 1933 Sitz des Bundesvorstandes vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB). Das Haus war 1933 von den Nazis gestürmt und beschlagnahmt worden. Die Rote Armee gab es schon 1945 an den FDGB zurück. In einigen Jahren soll dieses Haus der DGB-Bundesvorstand beziehen, der zur Zeit noch seinen Sitz in Düsseldorf hat.

Mit der Vorherrschaft von Kommunisten unzufriedene Gewerkschafter trafen sich in den folgenden Jahren meist heimlich in Westberliner Kneipen. Aus dieser Illegalität heraus entstand die UGO. Am 5. März 1948 erschien zum ersten Mal das Organ der Opposition im FDGB, „Das Freie Wort“, mit folgender Notiz: „Aufschlußreiche Statistik: Von den 20 Bezirksausschüssen sind 18 willige Werkzeuge der SED-KPD-Politik. Von 474 Bezirksausschußmitgliedern werden 344 in der SED-KPD als Mitglieder geführt. In etwa 20 Bezirksverbandsleitungen herrscht der Parteiapparat der SED-KPD. Von 635 Vorstandsmitgliedern der Verbände ist bei 516 Zugehörigkeit zur SED-KPD festgestellt worden. Diese Zahlen verdeutlichen die einseitige Bindung der amtierenden FDGB-Leitung an die SED-KPD und erklären hinreichend die willige Bereitschaft des Apparates zur Unterstützung einer gegen die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder gerichteten Politik.“ Seit 1933 gab es in Berlin keine Gewerkschaftszeitung mehr, der nicht die politischen Machthaber die Inhalte diktieren. „Das Freie Wort“ war somit nach 15 Jahren das erste freie Gewerkschaftsblatt.

Den Deutschen Gewerkschaftsbund gab es zu dieser Zeit in den drei westlichen Zonen noch nicht. Aber auf einer Interzonenkonferenz der Gewerkschaften aus den westlichen Besatzungszonen und Vertretern des FDGB vom 13. bis 15. Mai 1948 in Heidelberg nahmen schon zwei Beobachter der UGO teil.

Vorher hatte die Zwangsvereinigung von SPD und KPD eine dramatische Machtverschiebung im Vorstand des Berliner FDGB gebracht. Er war besetzt mit 14 Vertretern der KPD, 13 der SPD und drei CDU-Leuten. Von den 13 Sozialdemokraten wechselten zehn zur SED über. Nun setzte sich der FDGB-Vorstand von Groß-Berlin aus 24 SED-Leuten, drei Vertretern der Sozialdemokratie und drei Angehörigen der CDU zusammen. Diese Konzentration fand nicht das erwartete Echo in der Mitgliedschaft. Otto Sperling: „In Betrieben und Verwaltungen breitete sich immer stärker der Geist des Mißtrauens und der Opposition aus. Es drang auch in die unteren Ebenen der

einzelnen Gewerkschaften und Verbände ein.“ Über Repressalien schreibt „Das Freie Wort“ am 16. April 1948: „UGO-Delegierte am Konferenztag zur Kommandantur bestellt. Die Volksdemokratie ist unerschöpflich in der Erfindung neuer Mittel und Methoden zur Unterdrückung der Demokratie. Neu auf diesem Gebiet ist, die Teilnahme von UGO-Delegierten an Bezirkskonferenzen im Ostsektor zu verhindern, indem sie am gleichen Tag zur Kommandantur geladen werden oder tags vorher Aufträge erhalten, die ihr Erscheinen auf der Delegiertenkonferenz unmöglich machen (...) Im Bezirk Köpenick wird der Bezirksbürgermeister, der Delegierter ist, zum Holzeinschlag befohlen. Ein weiterer Delegierter, der in einem SAG-Betrieb arbeitet, bekommt einen Reiseauftrag in die Westzone. Im Bezirk Treptow wurden fünf UGO-Delegierte zur zentralen Kommandantur beordert und dadurch die Opposition geschwächt.“ Trotzdem gewannen bei Wahlen als Delegierte und Betriebsräte Oppositionelle.

Die Spannungen nahmen auch deshalb zu, weil ehemalige christliche Gewerkschafter und Mitglieder aus den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen gegenüber dem FDGB Groß-Berlin unzweideutig unterstrichen, sie müßten sich für eine Trennung von der Einheitsgewerkschaft einsetzen, wenn der FDGB weiterhin kommunistischen Zielen verpflichtet bleibe. Endgültig boten die oppositionellen freien Gewerkschafter dem Berliner FDGB die Stirn, als die 1. Mai-Kundgebung für 1948 vorbereitet wurde. Die UGO verlangte „eine wirklich gewerkschaftliche und überparteiliche Maifeier“. Am 9. April 1948 informiert „Das Freie Wort“: „Da der Berliner FDGB-Vorstand die Forderung der Opposition nach einer überparteilichen Maifeier weiterhin ablehnte, beschloß die UGO am 20. April 1948 ein eigenes Mai-Komitee zu bilden und eine eigene Kundgebung am 1. Mai auf dem Platz der Republik vor dem Reichstag durchzuführen.“

Der Historiker Otto Sperling: „Zum ersten Mal nach dem Kriege fanden am 1. Mai 1948 getrennte Veranstaltungen statt. Die UGO und die drei demokratischen Parteien veranstalteten auf dem Platz der Republik eine Kundgebung, während der FDGB im Lustgarten eine Demonstration abhielt. Vor etwa 150.000 Teilnehmern wies Ernst Scharnowski als Sprecher der UGO den Vorwurf der Spaltung zurück und betonte, daß vielmehr diejenigen Spalter seien, die die aus Mitgliedsbeiträgen stammenden Einrichtungen der Arbeiter einer vom Ausland abhängigen kleinen Partei zur Verfügung stellten.“ Die ehemalige Widerstandskämpferin und Journalistin Ruth Andreas-Friedrich schreibt über den 1. Mai 1948 (in dem Buch „Schauplatz Berlin“): „Plakate, Aufzüge, festliche Mai-Kundgebungen. Wieder demonstrieren die Bruderparteien in entgegengesetzter Richtung. Auf den Postämtern schwillt der Paketsegel um weitere 100.000 an, und in Marienborn stehen seit gestern fünf vollbeladene Waggons mit Briefsendungen aus dem Westen und warten vergebens auf Abfertigung. Ich fürchte, wir haben unseren Schnaps zu früh getrunken. Es gibt keinen Silberstreifen am Horizont.“

Eine typische Berliner Gewerkschaftskarriere machte die inzwischen siebzigjährige Ruth Köhn von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten. Sie befand sich während der Blockade Berlins zufällig in München, wegen des harten Zugriffs der Roten Armee konnte sie zunächst nicht nach Westberlin zurück. Sie jobte in der bayerischen Metropole und lernte dort am Arbeitsort demokratische Gewerkschaftsarbeit kennen. Als nunmehr überzeugte Gegnerin des FDGB wurde Ruth Köhn im März 1949 während der Blockade von einem sogenannten Rosinenbomber der US-Armee nach Berlin eingeflogen. Am 1. Mai 1949 begann sie hauptamtlich als Sekretärin für die „Unabhängige Gewerkschaftsorganisation“ in Westberlin zu arbeiten. „Wir wurden alle einheitlich bezahlt“, erinnert sie sich. Die Gewerkschafterin erhielt aus der Verbandskasse ein Monatsgehalt von 120 Mark. Ruth Köhn belegt mit ihren noch vorhandenen Unterlagen, daß davon die Mutter 56 Mark Miete zahlen mußte. Bis 1950 wurde in der UGO aber praktiziert, was sie beim FDGB kritisierte: Die Einnahmen verwaltete die Zentrale, die Mitgliedsgewerkschaften bekamen das Geld zugewiesen. Im Hause der UGO in der Nürnberger Straße in Wilmersdorf befand sich auch das Künstlerlokal „Eierschale“.

Auch der vereinte DGB in den westlichen Besatzungszonen war ursprünglich von seinen Gründern zentralistisch geplant worden, doch die Alliierten, insbesondere die Briten, setzten durch: starke Mitgliedsgewerkschaften, darüber ein schwacher Bund.

Bei der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1949 in München waren die Westberliner nicht dabei. Auf Druck der französischen Besatzungsmacht durfte der DGB erst gebildet werden, nachdem es die Bundesrepublik Deutschland gab. Ein Jahr später, 1950, wurden die Westberliner trotz vieler Bedenken der westlichen Alliierten in den DGB aufgenommen, nun gab es den DGB-Landesbezirk Berlin; seit 1990 heißt er DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg. Die Stationen bis dahin waren: FDGB, UGO, DGB.